Nr. 565 ♦ 38. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 280

Abend-Ausgabe

30 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 36.— M., monatl. 12.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 12.— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Luxemburg 22.— M., für das übrige Ausland 29.— M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die sechsgespaltene Nonpareillezeile kostet 7.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 3.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1.50 M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 4.— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97, Expedition Moritzplatz 11753—54

Mittwoch, den 30. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

England erwägt Zahlungsaufschub.

Paris, 30. November. (EE.) Die Botschafterkonferenz wird am 2. Dezember zusammentreten, um sich mit der englischen Note über die Aufhebung der militärischen Sanktionen am Rhein und die Verminderung der militärischen Kontrollorganisationen in Deutschland zu beschäftigen.

London, 30. November. (WTB.) Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, im Hinblick auf die Tatsache, daß die britische Regierung daran sei, die gesamte Reparationsfrage im Lichte der augenblicklichen chaotischen finanziellen Verhältnisse zu erörtern, fand gestern nachmittag im Schatzamt eine Konferenz von Sachverständigen statt, die über drei Stunden dauerte. Daran nahmen u. a. teil der Schatzkanzler, der britische Botschafter in Berlin Lord d'Abernon und Sir James Bradbury, dessen Bericht eingehend erörtert wurde. Wie verlautet, wurden gewisse Vorschläge entworfen, die dem Kabinett vorgelegt werden sollen. „Times" berichten, daß Lord d'Abernon gestern mit Lloyd George zusammengetroffen sei.

London, 30. November. (TU.) Reuter verbreitet folgende Meldung des „Evening Standard": Falls Deutschland ein Moratorium bewilligt wird, hat Deutschland folgende Bedingungen anzunehmen: 1. die deutschen Finanzen werden innerhalb zweier Jahre revidiert; 2. scharfe Maßnahmen gegen die Papiergeld-Inflation; 3. eine alliierte Aufsichtskommission über die deutschen Finanzen in Berlin wird errichtet. Das Blatt weist darauf hin, daß es nicht notwendig ist, daß alle alliierten Vertreter diese Regelung gutheißen, da die Bestimmung des Artikels 13 des Versailler Vertrages für diesen Fall nicht Einstimmigkeit vorsieht.

Eine Rede Churchills.

London, 30. November. (WTB.) Churchill sagte gestern abend auf einem Festessen der Ueberseebanken u. a.: Es sei ein Dreiländerabkommen in Europa notwendig, nämlich ein gutes Einvernehmen und eine freundschaftliche Annäherung zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland für die Wiederherstellung Europas und die Neuschaffung der geschwundenen finanziellen Wohlfahrt des Weltteiles. (Beifall.) Zweifellos würden manche Leute sagen, wie einfältig seien diese Gedanken, eine solche Kombination sei aussichtslos. Churchill erklärte, sie sei notwendig, um den Schwierigkeiten und Gefahren der augenblicklichen Lage Europas zu begegnen. Ob es leicht oder schwer sei, diese Kombination zustande zu bringen,

der Weg Großbritanniens müsse jedenfalls beharrlich dieses Ziel verfolgen.

England dürfe sich nicht mit Deutschland anfreunden auf Kosten Frankreichs. Frankreich sei den Herzen der Engländer teuer. England habe zuviel in der heiligen Erde Frankreichs verpfändet, um sich in seiner Freundschaft mit der großen französischen Nation stören zu lassen. Churchill fuhr fort, sein Vertrauen zu dem Genie des französischen Volkes sei jedoch derartig, daß er sicher sei,

die Einsicht des französischen Volkes

werde im Verlaufe von nur wenigen Jahren und vielleicht sogar in noch kürzerer Zeit zu der Erkenntnis führen, daß nur ein gedeihendes oder zufriedenes Deutschland zur Wiederbelebung und Erneuerung des Ruhmes Europas beitragen werde.

Rathenaus Aktion.

London, 30. November. (WTB.) Dem politischen Berichterstatter der „Daily Mail" zufolge hatte Rathenau gestern abend eine Unterredung mit dem Schatzkanzler Sir Robert Horne, um die Frage der Reparationszahlungen an England zu erörtern. Eine weitere Zusammenkunft zwischen Rathenau und Horne ist wahrscheinlich, bevor Rathenau London wieder verläßt. Rathenau hatte gestern zweimal mit dem Direktor der Bank von England Besprechungen. „Daily Mail" berichtet weiter, daß die Frage eines Moratoriums für Deutschland von Horne eingehend erwogen wurde. Es wurde offiziell mitgeteilt, daß diese Frage später vom Kabinett beraten werden wird. Zuverlässig könne mitgeteilt werden, daß die führenden Bankiers Englands für diesen Beschluß eintraten.

„Daily News" berichtet, daß die Londoner City ein Moratorium für Deutschland gutheiße.

New York, 30. November. (WTB. Funkspruch.) Die Federal Reserve Bank wird wahrscheinlich unoffizielle beratende Teilnehmer zu einer Konferenz von Bankiers der Entente entsenden, die in Paris oder in London die Frage erörtern wird, wie die im Zusammenhange mit den deutschen Reparationszahlungen stehenden Valutaschwankungen zu verhindern sind. Amerika wurde von den Entente-Bankiers eingeladen, sich an der Konferenz zu beteiligen.

London, 30. November. (WTB.) In einer Rede in New York erklärte der Finanzmann Vanderlip, die den Vereinigten Staaten geschuldeten Beträge müßten für die Wiederherstellung Europas verwendet werden. Jedermann außer Frankreich gebe zu, daß die Deutschland auferlegten Reparationen undurchführbar sind. Wenn die Reparationsbedingungen nicht wesentlich abgeändert würden, so würde Deutschland finanziell zusammenbrechen. Es sei den Alliierten ebenso unmöglich, ihre Schulden an die Vereinigten Staaten zu bezahlen, wie es Deutschland unmöglich sei, seine Schulden an die Alliierten zu entrichten. Die den Vereinigten Staaten geschuldeten Beträge müßten daher in eine Schuld an die Menschheit umgewandelt werden.

London, 30. November. (WTB.) In ihrer letzten Note hat die britische Regierung die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf die Tatsache gelenkt, daß Frankreich das interalliierte Finanzabkommen vom 13. August noch nicht ratifiziert hat, in dem festgesetzt wurde, daß die Reparationssumme von einer Milliarde Goldmark, die Deutschland am 31. August bezahlt hat, verteilt werden solle, erstens um die Kosten des Besatzungsheeres zu bestreiten, und zweitens um den Prioritätsforderungen Belgiens Genüge zu tun. In der Zwischenzeit ist diese Summe der belgischen Regierung ausgehändigt worden, die ihrerseits wiederum einen Teil Groß-Britannien überwiesen hat. Die Note weist darauf hin, daß von Groß-Britannien nicht erwartet werden könne, daß es andere Finanzabkommen ratifiziere, wenn Frankreich nicht das Uebereinkommen vom 13. August ratifiziert. Die britische Regierung ersucht auch um die Einzelheiten darüber, welche Schritte Frankreich zu tun gedenke, um die Interessen der übrigen Gläubiger Deutschlands zu schützen, wenn das Wiesbadener Abkommen in Kraft gesetzt werden sollte. Im Zusammenhang damit, so fährt die Meldung des Reuter-Bureaus fort, sei es interessant, daß sich Rathenau, auf den mit Loucheur zusammen das Wiesbadener Abkommen zurückzuführen sei, augenblicklich in London aufhalte und daß er aller Wahrscheinlichkeit nach eine Unterredung mit dem Schatzkanzler haben werde. Trotzdem Rathenau augenblicklich keine offizielle Stellung in der deutschen Regierung einnehme, sei man der Ansicht, daß sein Besuch mit dem Wiesbadener Abkommen zusammenhänge.

London, 30. November. (EP.) „Daily Herald" erklärt heute morgen, daß gegenwärtig die Frage einer englisch-deutschen Entente, die die französisch-englische ersetzen solle, sowohl im „Foreign Office" als auch in der Wilhelmstraße erwogen werde. Das Blatt bestätigt die Meldung, wonach Lloyd George ein Moratorium für die deutschen Zahlungen vorschlagen werde. Belgien werden diesen Vorschlag annehmen, Frankreich wahrscheinlich nicht. Aber „Downing Street" kümmere sich nicht viel um Frankreich. Man werde ihm sagen, sich damit zu begnügen, was es in Wiesbaden erhalten habe. Wenn Frankreich aber seine Zustimmung verweigere, werden Deutschland und England ermutigt werden, Deutschlands Zahlungsunfähigkeit zu erklären.

Neuer Konflikt.

Paris, 30. November. (EP.) Laut „Information" wurde durch eine Verordnung des Präsidenten der Republik kürzlich allen in Tunis Geborenen die französische Nationalität verliehen. Der englische Konsul bezweifelte in einem Rundschreiben unter den Malthesern, die von dieser Verordnung am meisten betroffen wurden, die Zulässigkeit dieser Verordnung. Der Resident von Tunis hat daraufhin den englischen Konsul daran erinnert, daß keine ausländische Behörde in Tunis das Recht habe, gegen eine Verordnung des Präsidenten der Republik Einspruch zu erheben.

Frankreichs Riesenarmee.

Paris, 30. November. (WTB.) Nach dem Bericht des Heeresausschusses der Kammer wird Frankreich mit den Kolonien am 1. Januar 1922 820 000 Mann unter den Waffen haben, im Mai nach der Einberufung der ersten Hälfte der Rekruten 777 000 Mann, zeitweise 661 000 Mann. Im November wird das Heer wieder die Stärke von 880 000 Mann erreichen.

Teerprodukte abliefern!

Paris, 30. November. (Havas.) Die Reparationskommission hat kürzlich den Protokollvorschlag für die Lieferungen von Teer und daraus abgezogenen Erzeugnissen, die von Deutschland an Frankreich zu bewerkstelligen sind, gebilligt. Dies Protokoll ist Deutschland am 29. November bekanntgegeben worden.

K. k. Paprikagarde.

Wien, 29. November. (Intel.) Im Abendblatt der „Arbeiterzeitung" werden sensationelle Dokumente veröffentlicht. Es handelt sich um einen provisorischen Entwurf der schwarz-gelben Legitimisten über die Aufstellung von Terrorgarden aus ungarischen Soldaten und Banden, die bereits im Burgenland zum Einmarsch bereitstehen. Nach dem Entwurf wird die Schaffung einer Brachialgewalt angestrebt zur Inszenierung planmäßiger Aktionen gegen alle ungarischen antihabsburgischen Organisationen sowie deren Führer und Presseleute. Es folgt ein genauer Bericht über die Organisation dieser Terrorgarden, von denen unbedingte Disziplin, militärische Unterordnung, Grußpflicht usw. verlangt wird. Die Ausrüstung besteht aus Hundepeitschen, Gummischläuchen und Paprikasäckchen. Die Ausbildung soll erfolgen in Sport- und Wandervereinen. Das Hauptaugenmerk dieser Terrorbanden soll gerichtet sein auf die Namhaftmachung und Verschleppung von Geiseln, die am nächsten Baum oder Kandelaber aufgeknüpft werden sollen.

Gleiches Maß!

Von H. Krätzig.

Nichts ist geeigneter, der Wirksamkeit der Wucherverordnungen Abbruch zu tun, als ihre ungleichmäßige Anwendung. Die Handhabung der Preistreiberei-Verordnung vom 8. Mai 1918 führt oft dazu, daß bei gewissen Kleinkaufleuten bestimmte Handlungen als strafbar erklärt werden, die bei den Großproduzenten und Warenlieferanten als selbstverständlich und demzufolge straflos hingenommen werden. Gemeint ist der Verkauf einer Ware zum Tagespreis. Unsere Spinnereien betrachten es als selbstverständlich, den jeweiligen Garnverkäufen die Tagespreise für die Rohfaser zugrunde zu legen. Sie sagen: Wenn, insbesondere aber in der Zeit der schwankenden Valuta, die Preise der Rohfaser steigen, so müssen wir die Erhöhung der Produktionskosten vorher, d. h. in den Gespinnsten abgelten, zu denen wir die Rohfaser noch am Lager haben. Umgekehrt gehen wir dann beim Sinken der Rohfaserpreise mit den Garnpreisen herunter dadurch, daß wir zum Tagespreise der Rohfaser verkaufen, auch dann, wenn wir teuere Rohfaser verarbeiten.

Vom kaufmännischen Standpunkt ist das eine sichere, solide Geschäftsführung. Sie verstößt aber gegen die Preistreiberei-Verordnung vom 8. Mai 1918, denn sie führt dazu, daß die Spinnerei in der Zeit, wo sie im Besitz billiger Rohfaser ist, ganz enorme Konjunkturgewinne macht. Eine Baumwollspinnerei, die am 22. November 1921 zum Bremer Tagespreise von 120,20 M. pro ¼ Kg. 10 000 Kg. Garn verkaufte und die Rohfaser dazu aus Käufen vom 29. April 1921 zum Bremer Tagespreise von 18,25 M. pro ½ Kg. besaß, erhält einen Differenzgewinn von rund 102 M. pro ½ Kg. Rohfaser.

Es wird jeder Mensch entsetzt ausrufen, das ist doch ein unerhörter Wucher! Aber das gilt bei der Spinnerei nicht als solcher, denn sie sagt, ich muß die in Aussicht stehenden höheren Gestehungskosten sofort abgelten, wenn sie mir in Sicht kommen, d. h., wenn ich Garn verkaufe und mich zu gleicher Zeit mit Rohfaser eindecke. Man vergißt nur zu sagen, daß diese Eindeckung meist nur ein Luftgeschäft ist, um sich so lange zu sichern, wie die Rohfaserpreise weiter steigen, das man aber liquidiert, sobald die Preise fallen. Die Dinge laufen also, namentlich in der Baumwollspinnerei, praktisch so, daß wohl die Garnverkäufe nach dem Tagespreis der Rohfaser abgeschlossen werden, daß man aber nicht daran denkt, den Rohstoffeinkauf Zug um Zug mit dem Garnverkauf zu vollziehen. Daher ja auch die Riesengewinne der Spinnereien.

Nun die andere Seite der Medaille. Die der Spinnerei folgenden Produktions- und Warenzirkulationsstellen, Webereien, Wirkereien, Groß- und Kleinhändler, dürfen nicht so verfahren, wie die Spinnereien, sonst werden sie wegen Preistreiberei bestraft. Am besten kommen noch die Webereien und Wirkereien weg; sie geben meist ihre Garnaufträge in Zwischenräumen auf, erlangen demzufolge verschiedene Preislagen, die sie zu einer Durchschnittspreislage verschmelzen und die dann den Gewebepreisen zugrunde gelegt wird. Auch dem Großhändler bleibt oftmals dieselbe Möglichkeit. Am übelsten daran aber ist der Textildetaillist. Ihm ist verboten, die Tagespreise der Rohfaser seinen Verkaufspreisen zugrunde zu legen. Ja, es ist ihm nicht einmal gestattet, niedrigere mit höheren Warenpreisen zu einem Durchschnittspreise zu verschmelzen. Von ihm verlangt man, daß er auf den Fakturenpreis die Unkosten plus Gewinn schlägt und zu dem so entstehenden Preise verkauft. Angenommen nun, ein Detaillist der Baumwollbranche hat noch 20 Stück Hemdentuch am Lager, das er zu Aprilpreisen kaufte. Es kostet ihn 8 M. pro Meter und sein Verkaufspreis beträgt 10 M. Der Mann fragt nun bei seinem Lieferanten nach neuer Ware der gleichen Qualität. Von dort erhält er die Mitteilung: „Die gleiche Ware kostet ab Fabrik unter Zugrundelegung heutiger Garnpreise 28 M. pro Meter; lieferbar Ende März 1922. So wickeln sich in der Tat heute Tausende solcher Anfragen ab. Der Mann erfährt also nun, daß er Ende März die Ware, die er heute mit 10 M. verkauft, mit 28 M. zu bezahlen haben wird. Da bis dahin noch höhere Spesen hinzukommen werden, besteht für ihn die wenig erfreuliche Aussicht, daß er Ende April dasselbe Quantum Flanell, das er noch am Lager hat, zum dreifachen Betrage seines jetzigen Verkaufspreises neu aufs Lager bekommen wird. Und er weiß nicht, wie Ende März die Marktlage sein wird. Möglich, daß die Preise schon heruntergegangen sind, ehe er in den Besitz der Ware kommt. Dann muß er zu Verlustpreisen verkaufen. Denn wenn die Spinnereien bei sinkenden Preisen zum Tagespreise verkaufen, so bekommen die Webereien billigere Garne und sehr bald kommt auch das billigere Gewebe auf den Markt. Wir haben das im vorigen Jahre gehabt und erlebt, daß so große Verluste eintraten.

Diese ganze Darstellung, die aus dem praktischen Geschäftsleben herausgegriffen ist, zeigt, wie ungesund die Verhältnisse sind. Es geht nicht, daß man oben gestattet, was man unten verbietet. Es muß, wenn man den Spinnereien freie Bahn läßt, den nachfolgenden Stellen eine Möglichkeit zum Schutze vor den Wirkungen dieser freien Bahn gewährt werden. Das könnte geschehen, wenn man dem Kaufmann gestattete, den Preis seiner Lagerware mit dem Preis der nachweislich in Auftrag gegebenen zu einem Durchschnittspreis zu verschmelzen. Denn die Dinge liegen doch so, daß der Kaufmann, der den neuen Warenstock um 200 Proz. teurer erstehen muß, wie den, den er besitzt, kein Preistreiber und demzufolge kein Wucherer ist, wenn er in dem Falle, wo er nachweisen kann, daß er neue Ware um 200 Proz. teurer bezahlen muß, den Verkaufspreis der Lagerware um 100 Proz. erhöht. Dadurch wird auch verhindert, daß später der Sprung um 200 Proz. gemacht werden muß. Wo aber nicht zur Eindeckung mit teurer Ware geschritten wird, darf eine solche Erhöhung des Verkaufspreises nicht stattfinden, denn dann käme dieser höhere Preis nicht den Konsumenten der später hereinkommenden Ware zugute, sondern er wäre ein übermäßiger Gewinn, also Wucher!

Also, entweder weg mit dem zweierlei Maß in der Handhabung der Wucherverordnung, oder den hier gezeigten Weg. Eines von beiden kann es nur geben, sonst kann man sagen: Die großen Wucherer läßt man laufen und ihre Opfer hängt man.

Die Volkspartei als Regierungspartei.

In Stuttgart beginnt heute der Jahresparteitag der Deutschen Volkspartei, der ursprünglich für den Monat Oktober angesetzt war, wegen der oberschlesischen Entscheidung aber auf den 30. November verschoben wurde. Anläßlich dieses Parteitages beschäftigen sich mehrere Blätter der Rechten mit dem Wesen und mit den Aufgaben der Volkspartei, und hierbei kommt mit bemerkenswerter Deutlichkeit die Zwiespältigkeit dieser Partei, die künstlich durch den gemeinsamen Rahmen zusammengehalten wird, zum Ausdruck. Die Volkspartei ist längst kein einheitliches Gebilde mehr. Die einen suchen sie als das berühmte „Zünglein an der Wage" zu gebrauchen, die anderen wollen mit ihrer Hilfe eine Versöhnungspolitik auf breiter Grundlage betreiben. Als Vertreter des rechten Flügels der Deutschen Volkspartei kommt im „Tag" der Reichstagsabgeordnete Dr. Marezki zu Wort, der der Regierung Fehrenbach uneingeschränktes Lob spendet, weil in ihr der Einfluß der Deutschen Volkspartei immer stärker geworden sei, und mit Bedauern feststellt, daß das Ausscheiden der Deutschen Volkspartei aus dem Kabinett Fehrenbach-Simons eine außerordentlich starke Verschiebung der politischen Lage nach links zu Folge gehabt habe. Marezki fordert den Wiedereintritt der Deutschen Volkspartei in die Reichsregierung, um hierdurch eine Zurückweisung der sozialistischen Wirtschaftsforderungen zu erzielen; nur durch den Hinzutritt der Deutschen Volkspartei — so spricht er unverhüllt aus — könne der sozialistischen Macht innerhalb der Reichsregierung Einhalt geboten werden.

Dem Parteitag der Deutschen Volkspartei ist ein weiterer Leitartikel in der „Tägl. Rundschau" gewidmet, die zwar — wie sie selbst betont — nicht als Organ der Deutschen Volkspartei mehr angesehen zu werden wünscht, aber noch wie vor die Politik beider Rechtsparteien vertritt. Der Artikel, als dessen Verfasser Dr. Schultze-Pfaelzer zeichnet, zeigt eine Auffassung, die zu der von Marezki vertretenen im bemerkenswerten Gegensatz steht. Hiernach haben weite Kreise der Deutschen Volkspartei „ihr Mißvergnügen gegenüber dem nachnovemberlichen Deutschland" zurückzudrängen gesucht, um durch eine verantwortliche Mitarbeit zu retten, was überhaupt noch zu retten ist. Aus diesen Gründen sei die Deutsche Volkspartei schrittweise zu einer versöhnlichen Haltung gegenüber der Republik und den Linkstendenzen, auf die diese sich stütze, gelangt. Trotz dieser versöhnlicheren Worte sucht auch Schultze-Pfaelzer die verantwortungslose Politik der Deutschen Volkspartei anläßlich der letzten Krise der Reichsregierung zu verteidigen, indem er das Kabinett Wirth als das „Kabinett der Erfüllung um jeden Preis" bezeichnet. Auch dieser Verfasser glaubt, es würden sich in Stuttgart Stimmen erheben, die eine allzu große Nachgiebigkeit gegenüber der Sozialdemokratie feststellen wollen.

Die „große Koalition" in Preußen wurde von der Sozialdemokratie nur schweren Herzens gebildet und von Anfang an als Experiment angesehen. Niemand kann gegen die Sozialdemokratie den Vorwurf erheben, sie habe sich zu diesem Experiment gedrängt, und dieser Vorwurf ist denn auch von keiner Seite erhoben worden. Da das Experiment unter dem Zwang der Verhältnisse unternommen wurde, so liegt es im Interesse aller Beteiligten, es in einem Sinne weiterzuführen, der der Republik neue Erschütterungen erspart bleiben. Die feindliche Haltung des rechten Flügels der Deutschen Volkspartei der Reichsregierung gegenüber ist nicht geeignet, jene „Versöhnungspolitik auf breiter Basis" zu fördern, für die gerade die Deutsche Volkspartei von jeher geschwärmt hat.

Die Politik der fünfzig Prozent.

Im Preußischen Landtag übte der deutschvolksparteiliche Abgeordnete v. Eynern gestern Kritik an dem Verbot der „Täglichen Rundschau" und erwähnte hierbei, der Kampf gegen das Verbot sei nicht als Kampf für das politische Organ der Volkspartei anzusehen, da die „Tägliche Rundschau" niemals Publikationsorgan der Volkspartei gewesen sei, sondern dieses erst in den nächsten Tagen erscheinen werde. Herr v. Eynern sagte u. a.: „Wer die „Tägliche Rundschau" in der letzten Zeit verfolgt hat, dem wird ihr Uebergang zur Deutschnationalen Partei nicht entgangen sein." Ueber diese Feststellung ist das Blatt äußerst erbost, und Herr v. Eynern muß sich recht giftige Vorwürfe, u. a. „Zutreiberdienste mit schmuddeligen Mittelchen", gefallen lassen. Wer die „Tägliche Rundschau" in der letzten Zeit verfolgt hat, wird allerdings — besonders seit dem einigermaßen überraschend erfolgten Redaktionswechsel — die Bemerkung gemacht haben, daß das Blatt mehr und mehr in das Fahrwasser der Rechten gerät. Wenn die „Tägliche Rundschau" demgegenüber versichert, auch weiterhin 50 Prozent ihrer Politik für die Volkspartei und 50 Prozent für die Deutschnationalen einzusetzen, so wollen wir ihr das gern glauben, ist doch bei ihr als giftiger Erbin der ehemaligen Nationalliberalen das Schwanken das einzige, was Bestand hat.

Das Urteil eines Kenners.

Die „Rote Fahne" veröffentlicht von Karl Radek, dem theoretischen Papst der Kommunisten, den Anfang einer Artikelserie über die bevorstehenden wirtschaftlichen Kämpfe in Deutschland. Darin stellt er seinen deutschen Freunden folgendes Zeugnis aus:

Bisher haben viele Kommunisten es unter ihrer revolutionären Würde gehalten, „sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie die Bourgeoisie aus dem Dalles herauskommen soll". Vielerorts waren die Kommunisten der Meinung, es genüge, wenn wir bei dem Proletariat die natürliche menschliche Unlust zum Steuerzahlen stärken und uns mit rein negativen Lösungen begnügen.

Die Berliner Linke hat ein scharfes Empfinden für agitatorische Notwendigkeiten. . . Aber gleichzeitig ist diese Linke theoretisch außerordentlich konfus, und diese Konfusion hält sie für ein revolutionäres Gewissen. . .

Da Radek das sagt, wird es wohl so sein! Wir haben nichts hinzuzufügen.

Reaktionäre Zahlenkunststücke.

Die Rechtspresse gefällt sich darin, auch die hessischen Wahlen als einen großen Erfolg der reaktionären Parteien, als einen bemerkenswerten „Ruck nach rechts" hinzustellen und daraus für die Gesamtpolitik des Reichs und der Länder die entsprechenden Folgerungen zu ziehen.

Das Ganze ist aber nichts anderes, als ein Spiel mit Zahlen. Man kommt zu den wunderbarsten Möglichkeiten, wenn man einmal die Ziffern von 1919, ein anderes Mal die von 1920 zugrunde legt. Wir wollen aber eins festhalten: Die Ziffern, die unter dem ersten Eindruck der Umwälzung erzielt wurden, sind kein Maßstab für die zukünftige Entwicklung. Was damals in der Hoffnung auf einen erträglichen Frieden zum erstenmal sozialistisch oder demokratisch stimmte, ist nach dem Versailler Diktat wieder ins Lager der Indifferenz oder der Reaktion geflüchtet. Die Reichstagswahlen von 1920 gaben schon eher einen Standard, nachdem die Spaltung der sozialistischen Parteien sich erst voll ausgewirkt und nach dem Kapp-Putsch sich die Stoßkraft der Unabhängigen auf der Höhe befand. Legt man die Reichstagswahlziffern aber dem Vergleich mit dem neuesten hessischen Landtagswahlergebnis zugrunde, dann sieht der „Ruck nach rechts" doch nur sehr kläglich aus. Die Rechtsparteien — Deutsche Volkspartei und Deutschnationale, einschließlich des Bauernbundes — hatten 1920 zusammen 177 979 oder 30,1 Proz. aller abgegebenen Stimmen. Jetzt haben sie 157 258 Stimmen, also eine Abnahme von 20 724! Nur weil die Gesamtbeteiligung an der Wahl eine sehr schwache war, stieg ihr prozentualer Anteil auf 34,9. Die Sozialdemokratie aber, deren Mandatsstärke noch auf den Wahlen von 1919 beruhte, büßte infolge der Wahlmüdigkeit zwar auch an Stimmen ein, aber sie steht mit 32,9 Prozent (1920: 30,3) weitaus an der Spitze der Parteien und zählt allein immer noch fast genau so viele Wähler, als Volksparteiler, Deutschnationale und Bauernbündler zusammen aufbrachten! Die Sozialdemokratie kann — wenn man von der allgemeinen Wahlmüdigkeit absieht — mit dem Wahlergebnis noch immer mehr zufrieden sein, als die Rechtsparteien, die sich heute wieder als Sieger aufspielen möchten.

Für die sozialistische Gesamtbewegung kommt allerdings in Frage, daß Unabhängige und Kommunisten zwar die alte Partei gespalten und dadurch zeitweilig geschwächt haben, daß aber von ihrer Werbekraft in Hessen, wie überall, nur noch wenig übrig ist. Von den 75 434 Stimmen, die beide linksradikale Gruppen 1920 buchten, sind nur noch 34 161 übrig. Mehr als 41 000 kommunistisch-unabhängige Wähler sind spurlos verschwunden! Angeekelt vom Bruderkampf blieben sie der Wahl fern und stärkten so indirekt die Reaktion, die heute jubiliert. Wenigstens die Unabhängigen sollten aus dem Wahlresultat lernen. Den Kommunisten trauen wir dazu nicht mehr die geistige Fähigkeit zu.

Teuerungsaktion der Beamten.

Am Dienstag tagten in Berlin die großen Beamtenverbände, um zu der unmittelbar bevorstehenden Teuerungsaktion Stellung zu nehmen. Um den Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen, wurden neben diesen Beratungen, welche die Interessen der Beamten betreffen, auch Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften gepflogen. Man ist in den Kreisen der Beamtenvereinigungen jetzt wieder zu der Ansicht zurückgekehrt, daß ein gemeinsames Vorgehen der Arbeiter und der Beamtenvertretungen gegenüber dem Reich und dem Staat von ungleich größerer Wirkung ist, und die Besprechungen abzukürzen imstande sein dürfte.

Beschlossen wurde, eine neue Erhöhung des Grundgehaltes zu verlangen. Der Ortsklassenzuschlag soll nicht verändert werden, dagegen wird entsprechend den einzelnen Gehaltsklassen, eine Erhöhung des Teuerungszuschlages verlangt, die für die untersten Klassen 50 Proz. betragen sollen und sich nach oben hin bis zu 20 Proz. abstuft. Daneben gehen auch Bestrebungen, für die Beamten eine mechanische Anpassung der Bezüge an die jeweilige Wirtschaftslage zu schaffen. Im Laufe des heutigen Tages dürften die Besprechungen zu Ende geführt werden, und es ist damit zu rechnen, daß die entsprechenden Anträge dem Reichsfinanzministerium und den Ressortministerien schon in den nächsten Tagen überreicht werden, da es der Wunsch der Beamten ist, die neuen Verhandlungen noch vor Weihnachten abzuschließen.

Aenderung der Erwerbslosenfürsorge.

Die Vorschriften über Erwerbslosenfürsorge sind durch die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 1. November d. J. in verschiedenen Punkten geändert worden. Bemerkenswert ist u. a., daß der § 14 der bisherigen Verordnung, der die Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Auszahlung der Unterstützung und der Kontrolle der Erwerbslosen regelt, eine klarere Fassung erhalten hat. Neu eingefügt ist eine Bestimmung über die Anrechnung aus Gelegenheitsverdienst auf die Erwerbslosenunterstützung.

Verhaftung eines kommunistischen Parteiangestellten. Wie das Münchener Kommunistenorgan mitteilt, ist der kommunistische Parteiangestellte Opitsch in seiner Wohnung verhaftet, das Parteibureau durchsucht und ein Betrag von 2000 M. beschlagnahmt worden.

Der tapfere Ernst.

Der „neuklassizistische Dichter" Paul Ernst begnügt sich seit der Revolution nicht mehr damit, in einseitiger Weise den Weg zur Form der Novelle und der antikisierenden Tragödie zu beschreiben, sondern fühlt sich bemüßigt zu politikastern. Nachdem er sich zuerst durch konsequent verunglückte Gedanken, die er bescheidentlich als „Zusammenbruch des Marxismus" bezeichnete, „berühmt" gemacht hat, zeigt er jetzt den Mut der alten Berserker, indem er in einem neuen Buch auf einer halben Seite mit sämtlichen Parteien bricht. Nachdem er ausgeführt hat, daß die Deutschen wohl 1870, aber nicht 1918 Geschichte erlebten, steht da wörtlich: „Man stelle sich einen Dichter vor, der den Zusammenbruch darstellen wollte; welche Männer müßte er da schildern: den Kaiser, einen Narren und Feigling (der Eselstritt, den Ernst sich nicht versagen kann); Bethmann-Hollweg, einen fähigen Subalternbeamten; Erzberger, der sich einen billigen Gänsebraten verschaffen läßt, Ludendorff, dessen Nerven versagen, als es sich herausstellt, daß Menschenmassen keine strategischen Stecknadeln sind, und der nach Schweden flüchtet, weil er für sein Leben Angst hat — ein geschlagener Feldherr nach solchem Kriege Angst für sein Leben!; und als unser Retter Ebert, der harmlos gutmütige Ebert, der wenigstens Pflichtgefühl hat (eine erzwungene Anerkennung, die sofort wettgemacht wird), Ebert, der Vorsitzender einer Stadtverordnetenversammlung sein sollte in einer Stadt von dreißigtausend Einwohnern. Dieses Personal stellt doch eine Hölle vor, eine Hölle von Gemeinheit, Feigheit, Pflichtvergessenheit, Dummheit, Albernheit und Spießertum!

Diese Hölle aber ist nichts als der menschliche Durchschnitt. Die Wilhelm, Bethmann, Erzberger, Ludendorff und Ebert laufen zu Dutzenden auf unseren Straßen herum; aber da sind sie immer an ihren Stellen: Wilhelm ist erster Liebhaber bei einem Stadttheater, Bethmann Gerichtsschreiber, Erzberger Schieber, Ludendorff ist Lehrer am Kadettenkorps, und Ebert ist Sattlermeister und Stadtverordnetenvorsteher.

Die Sache wäre an sich nicht weiter mitteilenswert, wenn sie nicht von Tausenden von Menschen gelesen und gläubig nachgeplappert würde. Interessant ist sie als ein psychologisches Bild eines „Dichterkopfes", besonders dann, wenn man weiß, woher er die Berechtigung zu dieser Urteilsfällung herleitet: „Aus dem Studium der „Deutschen Geschichte von 950—1250" zwecks „epischer Darstellung". Außerordentlich interessant, da er das Büchlein mit diesen Urteilen bescheidentlich „Geist werde wach! Ein Aufruf zur Revolution!" genannt, als eine Art Vorreklame für das Epos benutzt.

Nur eins muß man anerkennen: eine solche öffentliche Urteilsfällung ist tapfer. Es wäre sehr wissenswert zu erfahren, wann die ersten Privatklagen dem ofpermutigen Dichter beweisen werden, daß man in Deutschland nur die Linksstehenden unbestraft beschimpfen kann. Im übrigen muß man wünschen, daß dieses Büchlein nicht in die Hände der Studenten von hohen Ehrbegriffen kommt, da sie dem Verfasser sonst auf eine handgreifliche Weise beweisen würden, was es heißt, Männer zu beschimpfen, denen sie Fackelzüge bringen, und denen Professoren Doktortitel verleihen. eh.

Fleischverfälschungen. Unserer Zeit des ausgedehnten Betruges blieb es vorbehalten, eine Sorte von Täuschung, die früher die gerichtlichen Sachverständigen nur gelegentlich beschäftigte, zu einem Gewerbe auszubauen, das nun seine eigenen Fachkenntnisse entwickelt. Das ist die Unterschiebung geringwertiger Fleischsorten, wenn höherwertige Ware verlangt wird.

Paris stand allerdings von jeher in dem Rufe, die bekannte köstliche Szene in Rosenows „Kater Lampe" zu verwirklichen, indem dort zahllose Katzen als Hasenbraten verzehrt werden. Daß gegenwärtig bei uns sich daraus nicht eine wahre Industrie entwickelt, rührt wohl nur daher, daß eben die Zahl derer, die nach einem Hasengericht verlangen, an sich weidlich abgenommen hat. Tatsache ist, daß Katzenbraten namentlich in Wildzubereitung überraschend an Hasenfleisch erinnert und — wie Professor L. Freund in einer sehr lesenswerten Abhandlung über „Zoologie und Kriminalistik" im „Lotos" vor kurzem schrieb — auch von dem gewiegten Sachverständigen eigentlich nur dann erkannt werden kann, wenn ihm auch Knochen vorgelegt werden oder er die Mittel hat, die sehr komplizierte Blutprobe nach Uhlenhut auszuführen.

Eine besonders häufig vorkommende Fleischverfälschung ist der Verkauf von Eberfleisch statt Schweinefleisch. Doch ist hiermit nur der Kunde im Fleischerladen zu täuschen, denn daheim erweist sich beim Kochen der Betrug sofort durch den sich entwickelnden durchdringenden unangenehmen Geruch, durch den das Fleisch aller männlichen Tiere (auch der Schaf- und Ziegenböcke) erkannt werden kann.

Die in zahllosen Scherzworten bemängelte Verwendung von Pferdefleisch an Stelle von Rind- oder Schweinefleisch in Wurstwaren hat durch die Preisverschiebung der letzten Jahre eine Hemmung erfahren. Die Pferdepreise sind mehr in die Höhe gegangen als das Rindfleisch, so daß diese Art von Betrug heute bei weitem nicht mehr so lukrativ ist wie ehedem. An sich wäre sie auch vollkommen unschädlich, wie auch die mitteleuropäischen Völker den Genuß des Pferdefleisches keineswegs aus hygienischen oder kulturellen Gründen eingestellt haben, sondern einzig und allein nur unter dem Druck der christlichen Kirche, die hier gegen ein schwer ausrottbares Symbol der alten germanischen Religion kämpfte. Der Kampf gegen das Pferdefleisch war eine Art Kampf um die Macht, seine Phasen waren von der Politik diktiert, und die Sieger erreichten eine Art Verschlechterung der Ernährung, denn gutes Pferdefleisch ist jedenfalls gesünder als das Schweinefleisch, das dann ohne Fleischbeschau jahrhundertelang an seine Stelle trat.

Studentenulk. Das buntbemützte Studententum, das sich nach Abhalfterung des „feudalsten" Standes, der Offizierskaste, nunmehr in die erste Standesklasse befördert hat, gibt sich offiziell alle Mühe, sich dieser verantwortungsreichen „Führerstellung" durch möglichst aufgeblähtes und „nationales" Auftreten würdig zu zeigen. Aber inoffiziell, wenn man „unter sich" ist, kommt der „goldige" Burschenhumor zu seinem Rechte: Da scherzt man sogar über die Würde vollwertigsten Akademikertums und hat für jeden Stand eine Art Biernamen. So nennt man die Juristen „Paragraphenschuster" oder „Rechtsverdreher", je nachdem in welchen Aemtern und Würden sie tätig sind, die Knaben erziehenden Oberlehrer heißen „Pauker"; „Federfuchser" sind die zur Presse übergegangenen Literaturbeflissenen; mit „Kesselflicker" muß sich der Dr. ing., der ehemalige technische Hochschüler, titulieren lassen, und sogar der fromme Theologe hat seinen Beinamen, „Seelenfänger". Auch die Helfer der Menschen in ihren körperlichen Nöten haben ihre Ehrentitel: den Zahnarzt bezeichnet man als „Zahnklempner" und den „richtigen" Mediziner, besonders natürlich den Chirurgen, als „Menschenschlächter". Zum Ehrendoktor der betreffenden Fakultät kann ernannt werden, wer eigentlich nicht zur Zunft gehört und doch auf dem Gebiet z. B. der „Paragraphenschusterei", „Kesselflickerei", „Zahnklempnerei" usw. Hervorragendes geleistet hat. So wurde bekanntlich Ludendorff vor noch nicht so langer Zeit zum medizinischen Ehrendoktor ernannt. Der Studentenwitz stimmt hier einmal mit der Volksstimme überein.

Die Einheitssätze des Weltpostvereins. Die Portosätze, die die Madrider Konvention des Weltpostvereins im Artikel 6 bestimmte, haben im Schlußprotokoll schließlich noch eine Aenderung erfahren. Die auf der Goldbasis des Frank festgesetzten Sätze sind danach die folgenden: 50 Centimes für Briefe, 30 Centimes für Postkarten und 10 Centimes für Drucksachen; die Vorkriegssätze betrugen 25, 10 und 5 Centimes. In dem Protokoll wird aber jedem Lande das Recht eingeräumt, diese Wertsätze nach seiner Währung umzurechnen. Sie dürfen jedoch die festgesetzten Werte nicht überschreiten, noch unter den am 1. Oktober 1920 in Kraft getretenen Tarifsätzen zurückbleiben. Sie dürfen andererseits je nach dem Steigen oder Fallen der Valuta des Landes variieren. Die Madrider Konvention hat es unterlassen, bestimmte Farben für die drei Einheitssätze der Weltmarken vorzuschreiben. Sie unterscheidet sich dadurch nicht zum Vorteil von der Washingtoner Konvention, die für die Wertzeichen zu 25 Centimes die blaue Farbe, für die zu 10 Centimes die rote und für die zu 5 Centimes die grüne Farbe vorgeschrieben hatte, eine Anordnung, die es den Postbeamten aller Länder ermöglichte, sich durch einen flüchtigen Blick davon zu überzeugen, daß die Postsendungen richtig frankiert waren. Frankreich wird sich bei seinen neuen Marken an das alte Schema halten, und man darf annehmen, daß auch andere Länder diesem Beispiele folgen werden.

In der Max-Brod-Matinee, die Sonntag mittag 12 Uhr im Staatlichen Schauspielhaus stattfindet, gelangt der Einakter „Die Höhe des Gefühls" mit Lothar Müthel als Orosmin zur Aufführung. Brods Liebeslyrik wird von Günther Hadank vorgetragen.

„Nürnberger Tand". In Nürnberg findet bis zum 4. Dezember in der Bayerischen Landesgewerbeanstalt eine Ausstellung heiter deutscher Spielsachen und Bilderbücher statt. Sie wird von der Genossenschaft zur Förderung deutscher Weihnachtsarbeit veranstaltet und zeigt eine besonders gute Auswahl aus Museums- und Privatbesitz.

Der Männerchor „Fichte-Georgina" gibt am Sonntag, den 4. Dez., nachm. 5 Uhr, in der alten Garnisonkirche, Berlin, Neue Friedrichstraße, sein erstes Winterkonzert unter Leitung seines neuen Chormeisters, Herrn Dr. Ernst Rose. Es ist das erste Mal, daß ein Berliner Arbeitergesangverein in einer Kirche singt.

Ist Pertinax ein deutscher Agent?

Die franzosenfeindlichen Zwischenfälle in Turin, Rom und anderen großen italienischen Städten sind, ebenso wie die seinerzeitigen tätlichen Angriffe auf die Mission des Generals Fayolle in Venedig, das Werk faszistischer Elemente, der Todfeinde des italienischen Proletariats. Es ist selbstverständlich, daß wir das Treiben dieser Leute verabscheuen, denn es geht nicht an, den eigenen und den französischen Nationalismus zu bekämpfen und zugleich Schadenfreude über die Exzesse der italienischen Chauvinisten zu empfinden, weil diese sich zufällig gegen den französischen Nationalismus richten. Was wir damals über die Skandalszenen in Venedig schrieben, gilt also ebenfalls für die jetzigen Ereignisse.

Indessen müssen wir nochmals auf die perfide Unterstellung der französischen Presse zurückkommen, wonach sowohl die angeblich oder tatsächlich gefälschten, inzwischen jedenfalls von allen Seiten dementierten Aeußerungen Briands in Washington über die Zersetzung der italienischen Armee, auf die diese Exzesse zurückzuführen sind, das Werk „deutscher Agenten" gewesen seien. Sogar die offiziöse Havas-Agentur hatte sich nicht entblödet, diese Behauptung aufzustellen. Wir hatten bereits sogleich festgestellt, daß diese umstrittenen Aeußerungen Briands auch in anderen Blättern als den italienischen veröffentlicht worden waren. Inzwischen haben das Pariser Sozialistenblatt „Populaire" und das Gewerkschaftsorgan „Peuple" entdeckt, daß diese Version der Briand-Rede in Washingtoner Telegrammen sowohl das Londoner „Daily Telegraph", wie das französisch-nationalistische „Echo de Paris" gestanden hat, die fast wörtlich miteinander übereinstimmen. Der Washingtoner Sonderberichterstatter des Pariser Hetzblattes ist der berüchtigte Deutschenfresser Pertinax. „Populaire" glaubt daraus schließen zu dürfen, daß Pertinax auch der Korrespondent des „Daily Telegraph" ist, was an sich schon ein eigenartiges Licht auf die Verhältnisse in der französisch-englischen Nationalistenpresse werfen würde. Das Tollste aber ist, daß das „Echo de Paris" mit anderen Organen des nationalen Blocks beim Bekanntwerden der Turiner Zwischenfälle sofort die Parole der „deutschen Mache" ausgegeben hat! Nicht nur die falschen Wiedergaben der Briand-Rede, sondern auch die Faszistenexzesse in den italienischen Großstädten seien das Werk deutscher Agenten.

Wir fragen nun: Ist Pertinax, der Auslandspolitiker des führenden französischen Hetzblattes, ein deutscher Agent?

Des weiteren meldet, nach einem Telegramm des Bureaus Europa-Preß aus Mailand, der „Corriere della Sera" aus Washington, daß die Falschmeldung des „Daily Telegraph" und des „Echo de Paris" von einem dem Pressebureau der französischen Abordnung angehörenden Beamten stammt. Wir fragen demnach weiter: Hat sich ein deutscher Agent sogar schon in der Presseabteilung der französischen Delegation in Washington eingenistet?

Diese ganze, übrigens nach wie vor dunkle Angelegenheit zeigt jedenfalls, daß dieselben Kräfte des internationalen Nationalismus, die schon vor dem Kriege die europäische Atmosphäre solange vergifteten, bis sie zur Entladung kam, und die während des Krieges wahre Orgien der Völkerverhetzung feierten, jetzt wieder am Werke sind, um Stoff anzuhäufen und die geistige und materielle Abrüstung zu hintertreiben.

Der Hunger in Rußland.

Ein Brief aus Kasan.

Von einem führenden Mitglied der Deutschen Rotkreuz-Expedition erhalten wir aus Kasan, der Hauptstadt der Sowjet-Tatarenrepublik, folgenden grausigen Bericht:

Vor unseren Augen spielt sich das schrecklichste ab, was die Weltgeschichte je gesehen hat. Unser ganzer Sanitätszug ist mit den Worten beschrieben: „Gebt uns Brot!" Fast alle Krankheiten sind hier vertreten; schwarze Pocken, Scharlach, Diphtheritis, Rose, Milzbrand, Cholera, Skorbut, Masern, Flecktyphus, Rückfallfieber, Magentyphus usw. In der Stadt herrscht infolge mangelhafter Kanalisation allerorts eine schreckliche Luft. Unserem Zuge gegenüber, fünf Schritte entfernt, liegen in Baracken die aufgegriffenen Kranken auf schmutzigen Holzpritschen in eisiger Kälte. Gestern früh trug man an unseren Fenstern zwölf unbedeckte Leichen der in der Nacht in den Baracken Verstorbenen vorüber. Der Anblick der von Ratten angefressenen Leichen war unbeschreiblich entsetzend. Fortwährend steht uns der Anblick der dem Hungertode geweihten Menschen vor Augen. Kinder, nur aus Haut und Knochen bestehend oder von Wasser aufgedunsen, sind schrecklich anzusehen.

Hier helfen keine Medikamente, keine hygienischen Künste und keine Konferenzen. Hier kann nur eine schleunige, unendlich große Hilfsaktion mit Lebensmitteln eine Linderung der Hungersnot bringen und vielleicht eine Anzahl von Menschen retten, die sonst mit absoluter Notwendigkeit dem sicheren Hunger- oder Seuchentode verfallen sind. Kein Wunder — bei einer Ernährung mit „Brot", dessen Hauptbestandteile — neben etwas Roggenmehl aus gemahlenen Baumrinden, Steppengras, Melde, gemahlenen Eicheln sowie Erdbestandteilen (Lehm, zu deutsch Dreck!) bestehen. Hierzu kommt noch, daß die Hütten nicht mehr geheizt werden — der Wald liegt ziemlich weit entfernt —, die Pferde sind fast alle aufgezehrt und die Menschen haben nicht mehr die Kraft, größere Strecken zurückzulegen.

Die Amerikaner geben hier in der Tatarenrepublik etwa 110 000 Kindern einen Ernährungszuschuß, von dem allein sie aber nicht leben können, während über 1 000 000 Kinder im ganzen hungern.

Jeder, der noch irgendeinen Funken Mitgefühl für die hier aussterbenden russischen, tatarischen, deutschrussischen u. a. Volksstämme hat, der schicke uns Lebensmittel und immer wieder Lebensmittel.

Diese Nachrichten aus dem Zentrum des Hungergebietes beweisen, daß die nüchternste Beurteilung zu dem Ergebnis kommen muß, daß noch Hunderttausende, ja Millionen Menschen in den nächsten Monaten vor den Augen der europäischen Humanität zugrunde gehen müssen.

„Müssen?" Wohl hat Deutschland und besonders seine Arbeiterklasse im Rahmen seiner begrenzten Leistungsfähigkeit sofort den Kampf gegen diesen schrecklichen Bezwinger aufgenommen, nicht nur bei uns, auch in vielen anderen Staaten steht die Bevölkerung mit opfernder Bereitwilligkeit ergriffen vor dieser entsetzlichen Tragödie. — Aber die Konferenz in Brüssel hat gezeigt, daß die Regierungen dieser Länder nicht daran denken, den Verpflichtungen nachzukommen, die sich aus ihrem behäbigen Wohlstand und aus ihrem so oft erhobenen Anspruch auf moralische Ueberlegenheit ergeben.

•

Wegen der Fleckfieberepidemie in Petersburg, von der besonders die Flüchtlinge aus dem Hungergebiet betroffen werden, hat das deutsche Rote Kreuz eine Hilfsaktion eingeleitet. Ferner befördert das deutsche Rote Kreuz die von schwedischen Spendern nach Rußland gesandten Lebensmittel nach Kasan.

Groß-Berlin

Sturmhunde.

Trotz der grimmigen Kälte, die die Beteiligten mehr als gründlich ausfrieren ließ, hatten sich auf der Rennbahn in Karlshorst viele eingefunden, um der öffentlichen Prüfung von staatlichen Polizeihundführern und Diensthunden beizuwohnen. Die vierbeinigen Zöglinge entstammten der Staatlichen Zucht- und Abrichteanstalt in Grünheide i. d. Mark. Bei den Neulingen handelte es sich um Tiere, die vielleicht vor acht Wochen noch in Bauernhöfen an der Kette lagen. Man lehnt bei der Dressur alle Gewaltmittel ab, bedient sich bei der Dressur keiner Schläge und hat das auch nicht nötig, weil man die Sache wissenschaftlich anfaßt und sich in das Seelenleben des Hundes vertieft. Einzig und allein sind auch nur so die erstaunlichen Erfolge zu erzielen. Auch nimmt man die Hunde nicht zu früh in Arbeit, sondern läßt sie erst 1½ bis 2 Jahre alt werden.

Aus allen Teilen des Reiches waren Teilnehmer gekommen. So kam die guterzogene Elly aus Sachsen, und ferner kamen Beamte mit und ohne ihren treuen vierfüßigen Begleiter aus Braunschweig, aus Köln, aus Ostpreußen, aus Mecklenburg, aus dem Erzgebirge usw. Desgleichen zeigte das Polizeipräsidium Berlin Diensthunde, die schon Ruhmestaten vollbracht haben. So sah man u. a. den deutschen Schäferhund „Held", der neulich erst von sich reden machte. Was die Rassen anbelangte, so erblickte man vornehmlich deutsche Schäferhunde, die vielfach schlechtweg als der Idealhund gelten, Airedale-Terrier, die gute Suchhunde sind, aber auch in der Mannarbeit etwas leisten, Dobbermann, die seltener werden, und Rottweiler, die jedweden Widerstand glatt brechen. Als Neuheit wurden Münchener Riesenschnauzer vorgeführt, die ihre Sache ganz vorzüglich machten. Alle Hunde waren fest im Gehorsam, das sah man bei allen Vorführungen, machten sie in Abteilungen oder einzeln geschehen.

Behende erkletterten die Hund ebie Sprungwand und das war wirklich schwer, denn die Wand war gefroren und glatt. Ohne Kommando führten sie die geschicktesten Wendungen aus, klebten stets am Führer und (ohne Leine) waren sie immer an der linken Seite zu finden. Bedeutendes wurde auch von den Hunden beim Heraussuchen eines bestimmten Gegenstandes geleistet. Das ist für das Spurensuchen von allergrößter Wichtigkeit, denn die Hunde sind jetzt so ausgebildet, daß beim Verbellen ein verhängnisvoller Irrtum nahezu ausgeschlossen scheint, weil der Hund sich durch einen andern Menschen, der über die Spur des Verbrechers gegangen ist, nicht irritieren läßt. Auch in der Mannarbeit sah man hervorragendes. Der Hund tut dem Verbrecher nichts, solange er stehen bleibt und sich ruhig verhält, macht er aber einen Fluchtversuch, dann setzt der Hund ihm sofort nach. Die Hunde sind von einer Tapferkeit, die unbedingt imponieren muß, sie lassen sich nicht abschütteln, nicht mit den schwersten Peitschen abschlagen und nicht einmal durch Schüsse verscheuchen. Ja, sie nehmen es sogar mit zwei Verbrechern auf und „Ito" vom Polizeipräsidium in Berlin arbeitete, als bei dem auf der Rennbahn mostierten Ueberfall der Führer erschossen war und sich tot stellte, allein weiter, bis die Festnahme des Verbrechers erfolgte.

Die Kälte dauert weiter an.

Die Kälte macht sich empfindlich fühlbar. Eisblumen blühen am Fenster und die ungeheizten Straßenbahnen, bei deren Benutzung man zum Eiszapfen wird, muten an wie kleine Eiskristallkästen. In den Boden dringt die Kälte alle Tage tiefer ein und viele zarte Wurzeln sind zum Sterben verurteilt. Mit Sehnsucht erhofft der Landwirt und auch der kleine Laubenlandpächter einen Schneefall. Leider scheint diese Hoffnung sich nicht verwirklichen zu sollen. Das Berliner Wetterbureau teilt uns auf unsere Anfrage hierüber folgendes mit: Die bei uns herrschende Kälte erstreckt sich über das ganze deutsche Binnenland, wo sich ein Gebiet hohen Luftdrucks befindet, das den größeren Teil des mitteleuropäischen Festlandes umfaßt. Bei trockenem, nur vielfach nebligem Wetter und kalten östlichen Winden sind daher die Temperaturen von einem Tage zum anderen immer stärker gesunken, so daß auch heute früh an vielen Orten 10 Grad Kälte und etwas darüber herrschte. An der Küste dagegen, wo schwache südliche Winde wehen, ist es seit etwa zwei Tagen kälter geworden. Heute ist südwestlich von England ein neues ziemlich kräftiges Tiefdruckgebiet aufgetreten, das anscheinend rasch südostwärts vordringen und uns also ziemlich fern bleiben wird. Demgemäß dürften die östlichen Winde bei uns noch länger anhalten, beim Vorübergange sich etwas verstärken und die Kälte ebenfalls unverändert bleiben.

Die Reise mit dem Toten.

Das Verbrechen in der Metzer Straße.

Das geheimnisvolle Verbrechen, das in der Metzer Straße an dem Ingenieur Hasenthal verübt wurde, ist der Aufklärung noch nicht näher gerückt. Auf jeden Fall scheint die Mittäterschaft der Frau Hasenthal an dem Verbrechen festzustehen.

Die Berliner Mordkommission hatte die Absicht, die Leiche des Ingenieurs Hasenthal von Eberswalde nach Berlin zu bringen. Zur vorläufigen Besichtigung wurde sie in Eberswalde aus dem Korb und aus dem zugebundenen Sack, in den sie noch hineingesteckt worden war, herausgenommen. Während der Besichtigung erstarrte sie so, daß man sie nicht wieder in den Korb hineinbringen konnte. Man ließ sie deshalb vorläufig in Eberswalde und nahm nur den mutmaßlichen Mörder Tieke nach Berlin mit. Hier wurde er noch einmal kurz verhört.

Tieke scheint darauf hinausgegangen, den wilden Mann zu spielen. Er bestreitet entschieden einen Mord und behauptet, daß Hasenthal sich selbst das Leben genommen habe. Wie er sagt, veranlaßte ihn ein Schuß, der in Hasenthals Zimmer fiel, zu ihm hineinzugehen. Hasenthal jedoch, der aus einer Schußwunde blutete und sich ein Taschentuch in den Mund gesteckt hatte, jagte ihn wieder hinaus. Ein zweiter Schuß trieb ihn gleich darauf wieder in das Zimmer hinein. Jetzt lag Hasenthal nur noch röchelnd am Boden. Seine Frau kam nun auch herbeigelaufen und er steckte dem Sterbenden den Knebel weiter in den Mund hinein. Auf die Frage, weshalb er dann die Leiche nach Eberswalde hinausgeschafft habe, erwiderte er, er habe den Toten wollen ausstopfen lassen. Frau Tieke wurde ebenfalls noch gestern Nacht verhaftet.

Von den Brettern zu den Wettern.

Eine abenteuerliche Geschichte erzählt die Sängerin Deleres von Steelen, in Wirklichkeit eine Elly Jeremias, die von den Brettern zu den Wettern übergegangen war, und es bei dem Konzern Alemannia in Leipzig zur Bevollmächtigten gebracht hatte. Mit vielen anderen Leuten der verkrachten Konzerne wurde auch die ehemalige Sängerin verhaftet. Auch gegen sie besteht der starke Verdacht, daß sie ihr anvertraute Gelder auf die Seite gebracht hat. Zur Rechenschaft gezogen, versucht die Verhaftete nun, den Verbleib der Gelder nachzuweisen. Ueber eine Summe von 30 000 M., die u. a. dabei in Betracht kommen, erzählt sie nun eine Geschichte, der die hiesige Kriminalpolizei jetzt weiter nachgeht. Wie die Sängerin angibt, kam sie am 8. September mit 30 000 M. in der Tasche von Dresden nach Berlin. Hier fuhr sie [illegible] weil es stark regnete, vom Görlitzer Bahnhof in einer Droschke nach dem Hause Nettelbeckstraße 21, um einem Vertreter der Alemannia, der dort wohnen sollte, das Geld abzuliefern. Vor dem Hause jedoch empfingen sie zwei Männer, die sich als Kriminalbeamte aus Dresden vorstellten, führten sie auf den Flur, beschlagnahmten dort die 30 000 M. und nahmen ihr das Geld ab. Die Berliner Kriminalpolizei aber stellte fest, daß Beamte der Dresdener Kriminalpolizei gar nicht in Berlin gewesen sind. Die Kriminalpolizei vermutet, daß die ganze Geschichte erfunden ist, versucht aber doch noch, volle Aufklärung zu schaffen. Zu diesem Zwecke ist es vor allem erforderlich, daß sich der Droschkenkutscher, der die Dame, die dewels eine lila Trikotjacke mit weißem Kragen trug, gefahren hat, bei der Inspektion C6 der Berliner Kriminalpolizei in der Georgenkirchstraße meldet.

Der Waffenfund im Studentenkeller.

In dem Prozeß, der sich gestern vor dem Amtsgericht Charlottenburg abspielte und in dem je drei Vertreter der Rechtsparteien und der Linksparteien auf der Anklagebank saßen, beantragte der Amtsanwalt, die Studenten wegen Nichtanmeldung der Waffen zu der gesetzlichen Mindeststrafe von je 3 Monaten Gefängnis und 3000 M. Geldstrafe zu verurteilen. Gegen die Arbeiter beantragte er wegen Vergehen gegen das Entwaffnungsgesetz ausschließlich Gefängnisstrafen, und zwar gegen Leitner 4 Monate, gegen Sommer 2 Monate und gegen Stadtrat Wilk einen Monat. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Weinberg, wies darauf hin, daß sich der Reichskommissar für die Entwaffnung und der Staatskommissar für öffentliche Ordnung mehrfach nach der Anklage gegen den Arbeiter Sommer, gegen den nichts vorliege, erkundigt, sich dagegen um die gleichfalls angeklagten Studenten gar nicht gekümmert hätten. Das Gericht sprach alle Angeklagten mit Ausnahme Leitners frei, der zu drei Monaten Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe verurteilt wurde.

Eine Prämie von 10 000 Mark haben der Verband Deutscher Kartoffelinteressenten E. V., Sitz Berlin, die Vereinigung der Kartoffelgroßhändler in Deutschland um das verwerfliche Verschieben zu brandmarken und den legitimen Handel zu schützen ausgesetzt. Immer wieder tauchen Gerüchte auf über Verschiebung deutscher Speisekartoffeln nach dem Ausland. Der Verband Deutscher Kartoffelinteressenten, der den deutschen Kartoffelhandel umfaßt, hat die maßgebenden Regierungsstellen auch von sich aus auf diese Nachrichten aufmerksam gemacht; noch in keinem Falle aber ist eine Bestätigung der Nachrichten erfolgt, so daß mit Fug und Recht bezweifelt werden kann, daß überhaupt nennenswerte Mengen von Speisekartoffeln in verbotswidriger Weise durch den legitimen Handel nach dem Ausland gebracht werden.

Die Teuerungsindexziffer für Groß-Berlin ist nach den amtlichen Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts vom September bis zum Oktober d. J. um weitere 10 Proz. gegenüber dem Stande vom Mai d. J. gestiegen, so daß die Unterhaltsrente für unehelichen Kinder von Müttern einfachsten Standes um 10 Proz. erhöht werden mußte. Der für Groß-Berlin ortsübliche Unterhaltssatz beträgt daher mit Wirkung vom 1. November d. J. 260 M. monatlich oder 780 M. vierteljährlich.

Die Reinigung der Berliner Schulen liegt sehr im argen. Die Klassen werden nur dreimal in der Woche gereinigt und die Anforderungen, die hierbei an die Arbeit der Frauen gestellt werden, sind nicht gering. Bei einem Teil der Schulen werden die Frauen von dem Hausmeister als Arbeitskräfte eingestellt und mit Stundenlöhnen von 1,60 M. bis 2 M. abgefunden. Es erübrigt sich, die Behauptung aufzustellen, daß eine solche Bezahlung in der heutigen Zeit mehr als unzureichend ist und wir hoffen, daß dieser Mißstand, dessen Beseitigung schon lange zugesagt ist, nun endlich verschwindet.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Vielfach neblig, sonst trocken und zeitweise heiter bei größtenteils schwachen östlichen Winden. Nachts ziemlich strenger, am Tage mäßiger Frost.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 30. November:

31. Abt. Abends 7 Uhr Zahlabend in den bekannten Lokalen.

Morgen, Donnerstag, den 1. Dezember:

16. u. 18. Abt. (früher 35. u. 43.) SPD.-Konsumgenossenschaftler abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung der 51. Verkaufsstelle, Turnhalle, in der Schulaula, Wiesen-, Ecke Grenzstraße. Erscheinen Pflicht.

Ein Gebot der Stunde

ist es, noch heute den „Vorwärts" zu bestellen, wo er nicht schon bisher ein treuer Freund des Hauses war. Bei zweimal täglichem Erscheinen bietet der „Vorwärts" eine umfassende Uebersicht über die Ereignisse auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellen Gebiete, auch über die gewerkschaftlichen Kämpfe, und verzeichnet alle wichtigen Tatsachen aus Groß Berlin. Drei Beilagen: „Heimwelt", „Volk und Zeit" und „Siedlung und Kleingarten" vervollständigen, zum Teil reich illustriert, den Inhalt des

„Vorwärts".

Der monatliche Bezugspreis mußte im Hinblick auf die enorme Verteuerung aller Rohmaterialien auf 15 M. erhöht werden. Von dieser Erhöhung ist leider keine Berliner Zeitung verschont geblieben. Der „Vorwärts" bleibt immer noch in den Grenzen des Erträglichen. Deshalb muß die Aufgabe dieses Augenblicks sein:

Bestellt den „Vorwärts"!

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts", Berlin SW 68, Lindenstraße 3, einzusenden.

Ich abonniere den „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten" in Groß Berlin täglich zweimal frei ins Haus für 15 M. pro Monat November.

Name _____

Wohnung: _____

_____ Straße Nr. _____

vorn — Hof — Quergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts

bei _____

Gewerkschaftsbewegung

Arbeitszeitverlängerung in der Reichsdruckerei.

Vom Betriebsausschuß wird uns berichtet:

In zehn glänzend besuchten Betriebsversammlungen wurde der Belegschaft Bericht gegeben über die Absichten des Postministeriums und der Direktion, die Arbeitszeit um 2 evtl. 4 Stunden die Woche zu verlängern.

Die Referenten schilderten in großen Zügen die Bestrebungen der Arbeiterschaft um den Achtstundentag gemäß dem in Paris 1889 gefaßten Beschluß: 8 Stunden Arbeit — 8 Stunden Erholung — 8 Stunden Ruhe. Daß in den 8 Arbeitsstunden die Essenspause einbegriffen ist, muß als eine glatte Selbstverständlichkeit angenommen werden. In der Reichsdruckerei wurde nach Ausbruch der Revolution diese alte sozialistische Forderung durchgeführt.

Nunmehr glaubt das Postministerium anläßlich der Beratungen des Manteltarifs den Augenblick für gekommen, der Belegschaft der Reichsdruckerei die Arbeitszeitverlängerung aufoktroyieren zu können.

Wie unsozial diese Maßnahme sich auswirken wird, legten die Redner an einigen Beispielen klar.

In lebhafter Diskussion lehnten die Versammlungen eine Verschlechterung der jetzt bestehenden Verhältnisse ab. Folgende Resolution wurde überall mit überwältigender Mehrheit angenommen:

„Von der Zumutung der Direktion und des Ministeriums, die Arbeitszeit von 44 auf 46 Stunden zu verlängern, nimmt die Arbeiter- und Angestelltenschaft mit äußerster Entrüstung Kenntnis. Sie ist bereit, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln eine solche Zumutung, unter welcher Form sie auch gestellt sein möge, niederzukämpfen."

Mit tiefer Erbitterung nahmen die Versammelten Kenntnis von den erfolglosen Verhandlungen über die geforderte Wirtschaftsbeihilfe. In teilweise recht drastischer Weise wurde das Verhalten des Postministeriums und der Direktion einer scharfen Kritik unterzogen. Alle Versammlungen stimmten einer Resolution zu, die die Gewerkschaften, den ADGB., den Afa-Bund und die Parteien auffordert, bei der Reichsregierung energische Schritte zu unternehmen, um durch gesetzgeberische Maßnahmen der gesamten Arbeiterschaft ein ausreichendes Existenzminimum zu sichern.

Ein Notschrei der Feuerwehrbeamten.

Für Berlin ist die Angleichung der Gehälter der städtischen Beamten an die Reichsbesoldungsordnung noch nicht durchgeführt. Es gilt noch die Besoldungsordnung der Stadtgemeinde Berlin vom 1. April 1920. Bei dieser Besoldungsordnung galt das Prinzip, ja nicht höher einzugruppieren, als die Eingruppierung des Reiches erwarten läßt, und nicht Rechte einzuräumen, die wieder geschmälert werden müßten. Von der Reichsbesoldungsordnung war zur Zeit der Beratung schon soviel bekannt, daß die Beamten in den unteren Besoldungsgruppen mit den für sie vorgesehenen Bezügen im teuren Berlin nicht leistungsfähig bleiben können. Die Stadtgemeinde Berlin setzte deshalb für die unteren Besoldungsgruppen in den ersten Besoldungsstufen bedeutend höhere Gehälter fest als das Reich.

Den Bemühungen der Verwaltungsbeamten gelang es, die Berufsfeuerwehrmänner in die Gruppen 3/4 der Reichsbesoldungsordnung herabzudrücken, während andere Großstädte ihre Berufsfeuerwehrmänner in Gruppe 5 und 5/6 eingereiht haben. Daneben wurde eine Gefahrenzulage von 300 M. (jährlich) gegeben, deren Wert heute nur noch etwa 150 M. ist, während andere Städte neben Gruppe 5/6 600 M. geben. Die Regelung vom 1. Oktober 1921 sollte einen Ausgleich der durch die Entwertung der Mark entstandenen Teuerung bringen. Es durfte erwartet werden, daß in der Beamtenbesoldung ungefähr wieder der Zustand hergestellt wird, wie er am 1. April 1920 bestanden hat. Damals hatte ein Berufsfeuerwehrmann ein Anfangseinkommen von 12300 M. Nach dem heutigen Inlandswert der Reichsmark müßte er mindestens das Doppelte haben. Tatsächlich hat er jedoch nur 17640 Mk. Er muß also heute ein Viertel schlechter leben, als er im Frühjahr 1920 leben konnte. Dazu kommt, daß für die Nachzahlung nur das Gehalt der Gruppe 3 der Reichsbesoldungsordnung berechnet, bisher jedoch das Anfangsgehalt der Gruppe 4 bezahlt wurde. Für die jüngeren Beamten beträgt dadurch die Nachzahlung nur 165 M. monatlich oder 12,8 Proz. des bisherigen Einkommens, während sich die Preise für unentbehrliche Lebensmittel und Bedarfsartikel verdoppelt haben. Dabei muß gerade von den Feuerwehrmännern höchste Leistungsfähigkeit gefordert werden. Die Stadt Berlin wird gezwungen sein, den berechtigten Forderungen der Feuerwehrbeamten Rechnung zu tragen, wenn sie dieselben nicht zur Verzweiflung treiben will.

Kommunistische Desperadopolitik.

Der Verband der Bäcker teilt mit:

Die Belegschaft der Schokoladen- und Zuckerwarenfirma Hildebrandt u. Sohn ist seit Freitag von ihrem illegalen, kommunistischen Aktionsausschuß zur Arbeitsverweigerung aufgefordert worden. Differenzen, welche von Rechts wegen durch die Gewerkschaft, den zuständigen Zentralverband der Bäcker und Konditoren, auf dem Verhandlungswege zu erledigen wären, sind die Ursache, daß zwei nichtorganisierte Arbeiter, welche zur Arbeitsverweigerung aufgefordert hatten, von der Geschäftsleitung der Firma entlassen worden sind. Ohne irgendwelche vorherige Besprechungen mit der Gewerkschaft findet der kommunistische Betriebsrat wohl Polizeibehörden, Gewerbeaufsichtsämter usw., aber die Gewerkschaften sind ihm nach seinen Aeußerungen nebensächlich und ein Dorn im Auge, zum Schaden der Arbeiterschaft der Firma Hildebrandt u. Sohn.

Die Folge des obigen Vorgehens ist, daß seit Sonnabend früh die ganze Belegschaft der Firma von der Geschäftsleitung als entlassen erklärt wird bzw. ausgesperrt ist. Die Versammlungen stehen unter Diktatur des illegalen Aktionsausschusses. Leute mit anderer Meinung werden geschlagen und bedroht! Außerdem ist auch der neugegründete Aktionsausschuß der Arbeitslosen engagiert, welcher durch seine Vertreter bestrebt ist, die Versammlungen in das Fahrwasser der politischen Aktion zu leiten.

Die Arbeitslosen sind unter der Führung des bekannten Schneiders und kommunistischen Stadtverordneten Schuhmacher in der Versammlung erschienen, um die Aktion „auf breiterer Grundlage" bis zum evtl. Generalstreik zu fordern.

Die Gewerkschaftsvertreter sind bemüht, eine Verhandlungsmöglichkeit zu schaffen, um die Weiterbeschäftigung der Belegschaft durchzuführen. Dazu ist es nötig, daß sich die Kollegenschaft strikte hinter die Gewerkschaftsvertreter stellt und sich von keiner Seite provozieren läßt.

Die beiden Artikel der „Roten Fahne" in dieser Sache strotzen von Entstellungen und Lügen, welche in einem Falle der Obmann Fiedler selbst öffentlich zugegeben hat. Unsere Kollegenschaft anderer Betriebe wird darauf aufmerksam gemacht, in keinem Falle Leuten, welche vor den Betrieben stehen, und die Belegschaft zum Solidaritätsstreik auffordern, Folge zu leisten. Die Gewerkschaftsvertreter bearbeiten den Fall.

Maschinisten und Heizer.

In der Berliner Generalversammlung des Verbandes am Dienstag wurde nach dem Bericht über den Angestelltenstreik vom Kassierer Holz der Kassenbericht für das 3. Quartal erstattet. Der Kassenbestand von 72 881 M. am 30. Juni hat sich bis 30. September auf 87 362 M. erhöht. Die Hauptkasse schnitt in Einnahme und Ausgabe mit 190 463 M. ab.

Zur Weihnachtsunterstützung für Arbeitslose und Ausgesperrte sowie Gemaßregelte wurde beschlossen: Jedes Mitglied der Geschäftsstelle Groß-Berlin ist verpflichtet, noch im Laufe dieses Jahres zwei Marken zu je 3 M. zu kleben. Unterstützung erhält jeder arbeitslose Kollege, der bereits vor dem 5. Dezember arbeitslos war. — Die Höhe der Unterstützung steht noch nicht fest; sie wird 150 oder 200 M. betragen. Bezüglich der Invaliden wurde der Vorstand ermächtigt, von Fall zu Fall über die Gewährung einer Weihnachtsunterstützung zu befinden. Dabei kommt in Frage, ob der Betreffende durch Arbeit einen Verdienst erzielt und in welcher Höhe. Die übrigen Punkte der Tagesordnung, so die Erhöhung der Beiträge, wurden vertagt.

Aus den badischen Straßen- und Kleinbahnbetrieben.

Nach Vereinbarung zwischen dem Deutschen Verkehrsbund (Abteilung Straßen- und Kleinbahner) und dem Arbeitgeberverband für Straßen-, Klein- und Privatbahnen wurde für die Arbeiter und Beamten in den badischen Privatbahnbetrieben ein Abkommen getroffen, durch welches dieses Personal in der Hauptsache den Reichseisenbahnern gleichgestellt wird. Mit Wirkung vom 16. November 1921 erhalten die Handwerker eine Stundenzulage von 1,80 M., die angelernten Arbeiter eine solche von 1,60 M. und die ungelernten 1,50 M. Die Kinderzulage wurde von 20 Pf. auf 80 Pf. pro Stunde erhöht. Als einmalige Wirtschaftsbeihilfe erhalten Verheiratete 400 M. und Ledige 300 M.

Die Beamten erhalten die volle Zulage, wie sie die neue Besoldungsordnung vorsieht. Die Grundbezüge selbst betragen jedoch nur je nach Rentabilität des Betriebes 85 bis 100 Proz. der Reichsbesoldungsordnung. Auch für die kommunalen Straßenbahnbetriebe wurden Vereinbarungen getroffen, wonach für die nach der Besoldungsordnung entlohnten Beamten entsprechende Aufstiegsmöglichkeit vorhanden ist.

Frieden im Hamburger Hafen.

Hamburg, 29. November. (TU.) Die Leitung des Deutschen Transportarbeiterverbandes hatte eine Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute einberufen zur Stellungnahme zu dem Angebot des Hafenbetriebsvereins. Nach längeren Verhandlungen hatte sich der Hafenbetriebsverein bereit erklärt, den Tagelohn um 24 Proz. zu erhöhen. Die Lohnerhöhung soll am 1. Dezember in Kraft treten und geht weiter, wenn die Hafenarbeiter nicht inzwischen neue Forderungen stellen. Nach längerer Aussprache wurde das Angebot angenommen.

SPD. Metallformer! Donnerstag ½7 Uhr bei Graumann, Naunynstraße: Branchenversammlung. Neuwahl der Branchenleitung.

Der Fraktionsvorstand.

Zentralverband der Angestellten. Donnerstag, Mitglieder-Versammlungen Chirurgie-Mechanik, 7 Uhr in den Sophiensälen, Sophienstr. 17/18. — Privatversicherung, 7 Uhr in Kliems Festsälen, Hasenheide 13/15. — Rechtsanwaltbureaus, 7½ Uhr im „Englischen Hof", Alexanderstr. 27c.

Angestellte der Gesundheitsindustrie! Donnerstag, abends 7 Uhr, im Palastsaal der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97, Ia-Mitgliederversammlung der Angestellten der obigen Industrie. „Die augenblickliche Lage". Referent: Kollege Kasper. Mitgliedsbuch legitimiert.

Wirtschaft

Handwerk und Warenausfuhr.

Im Reichswirtschaftsministerium fand am 25. November 1921 die erste Sitzung des neu gegründeten Handwerkerbeirats statt. Reichswirtschaftsminister Schmidt eröffnet die Sitzung mit einer Ansprache, bei der er u. a. folgendes ausführte:

Im Vordergrund der Beratungen des Handwerkerbeirats wird zunächst der vom Reichsverband des deutschen Handwerks ausgearbeitete Entwurf eines Reichsrahmengesetzes über die Berufsvertretung des Handwerks und Gewerbes stehen, durch den das Handwerk seine gesetzliche Anerkennung als selbständiger Berufsstand und die Schaffung einer straffen Neuorganisation, beruhend auf der Pflichtmitgliedschaft der einzelnen handwerklichen Betriebe bei den Fachinnungen, verlangen will. Einzuarbeiten in den Entwurf sind noch die Vorschriften über die Vertretung der Arbeitnehmer. Einen weiteren wichtigen Gegenstand der kommenden Verhandlungen wird die berufliche Ausbildung der handwerklichen Lehrlinge bilden. Hier ist bereits ein Referentenentwurf über die berufliche Ausbildung Jugendlicher aufgestellt worden, der zurzeit jedoch noch Gegenstand interner Beratungen der beteiligten Ministerien ist. Sobald wie möglich wird er dem Beirat zur Besprechung vorgelegt werden.

Nach diesen großen Aufgaben gesetzgeberischer Natur gibt es noch eine ganze Reihe anderer, die von weittragender Bedeutung für das Handwerk sind. Weite Kreise des Handwerks erblicken in der Leistung von Qualitätsarbeit ein Hauptmoment für eine günstige Zukunft des Handwerks. Die Leistung von Qualitätsarbeit ist aber nur angängig, wenn solche Arbeit auch hinreichenden Absatz findet. Die sinkende Kaufkraft weiter Kreise der Bevölkerung wird hier allerdings hinderlich werden, obwohl sich Qualitätsarbeit auf die Dauer für den Käufer vielfach billiger stellt, als preismindere Ramschware. Um dem Handwerk neue Absatzgebiete zu schaffen, erachte ich daher eine Hebung der Ausfuhrmöglichkeiten für dringend erwünscht. Zu diesem Zwecke bin ich in Verhandlungen mit den beteiligten Verbänden, auch denen des Kunstgewerbes, getreten, um eine möglichst starke Beteiligung des Handwerks an Messen und Ausstellungen zu ermöglichen. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen; ich hoffe aber, daß sie ungeachtet der Schwierigkeiten, die sich bei Schaffung einer leistungsfähigen Organisation ergeben, zu einem ersprießlichen Abschluß gelangen werden.

Mit dem Gedanken der Qualitätsarbeit stehen die Bestrebungen, die sich auf eine Hebung der Wirtschaftlichkeit im Handwerk erstrecken, nicht in Widerspruch; beide müssen sich vielmehr ergänzen. Dem Interesse des Reichs an der Förderung dieser Bestrebungen ist durch Bewilligung von Mitteln für das Forschungsinstitut für rationelle Betriebsführung im Handwerk zu Karlsruhe Ausdruck gegeben. Auch sonst sind Mittel für das Handwerk im Reichshaushalt — ich darf an die für das wissenschaftliche Forschungsinstitut in Hannover, sowie das deutsche Handwerksblatt, für die Hauptverdingungsstelle des Deutschen Handwerks- und Gewerbetages erinnern — trotz der ungünstigen Finanzlage des Reichs vorgesehen.

Die Bedeutung der gewerblichen Genossenschaften für das Handwerk wird von mir voll gewürdigt. Demgemäß habe ich auch auf eine Vertretung dieser Genossenschaften im Beirat Wert gelegt.

Nach der Rede des Ministers hielt das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks, Dr. Meusch, einen Vortrag über die Grundgedanken des Entwurfs eines Reichsrahmengesetzes über die Berufsvertretung des Handwerks und Gewerbes. In der anschließenden Aussprache behielten sich die Vertreter der Arbeitnehmer ihre Stellungnahme vor, da sie sich zunächst mit ihren Verbänden in Verbindung setzen müßten. Die nächste Sitzung des Beirats wird voraussichtlich in der ersten Hälfte des Monats Januar stattfinden.

Aus aller Welt.

Der Breslau-D-Zug entgleiste gestern abend auf der Durchfahrt durch Deutsch-Lissa, und zwar die Maschine mit einer Achse und fünf D-Zug-Wagen. Personen wurden nicht verletzt.

Bahnpostleiko. Ein Abendpersonenzug Kreuz—Stettin ist vor Dölitz (Pommern) infolge Nebels auf einen Güterzug aufgefahren, wodurch der Bahnpostwagen sofort in Brand geraten ist. Zwei Bahnpostbeamte wurden schwer, zwei weitere leicht verletzt und sämtlich nach Stettin in das Krankenhaus überführt. Die Postladung ist bis auf einige Wertsendungen (die die gewissenhaften Beamten offenbar unter Lebensgefahr noch geborgen haben) vernichtet worden.

Pest in Zentralasien. Laut „Iswestija" ist in Taschkent die Pest ausgebrochen. Ungefähr 100 Personen sterben täglich an der Seuche.

Der Theaterbau in Brooklyn-New York ist eingestürzt. Man glaubt, daß 25 Arbeiter den Tod gefunden haben.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Günstiger
Weihnachts-Verkauf
im
Eberhardts Damen-Konfektionshaus
Neukölln, Knesebeckstr. 36
Tel.: Neukölln 4149 Ecke Hermannstraße

Ulster u. Mäntel 198.50 298.50 usw.
Kleider in Wolle 149.00 210.00
" in Seide u. Trikot 498.00 575.00
" in Voile 139.50 169.50
Sport-Jacken Strick- " 265.00 275.00
Röcke farb., schw. und blau 78.50 98.50
Blusen Flanell und Wolle 49.80 78.80
" Seide und Trikot 149.50 167.50
Ball- u. Gesellschaftskleider in prachtvollen Ausführungen
Lieferant der Berliner Beamten-Vereinigung

Der deutsche Weinbrand
EGON BRAUN AUSLESE
Weinbrennereien Hamburg

Klaviere
bequeme Zahl. kauft Berer, Gitschinerstr. 4, Moritzpl. 1154.

Strausberger Str.
Kupfer 44
Stets höchste Preise für Kupfer, Altmetalle zahlt Seefer (O. M.-B.-Metal), Strausberger Str. 44.

Suche zur Selbstverwertung
Edelsteine
u. Edelmetalle zu höchst. Preisen
O. Schliephacke
Juwelier
Friedrichstraße 219
Ecke Kochstraße

Brillanten Gold- und Silber-Bruch
sind bei der heutigen Valuta
große Werte!
Nur das reelle Juweliergeschäft, welches Selbstverbraucher ist, bietet Ihnen Gewähr für die bestmögliche Verwertung Ihres Schmuckes.
Otto Köppen, Juwelier,
Große Frankfurter Straße 105,
9 bis 7 Uhr. Gegründet 1885

Möbelfabrik Rob. Seelisch
Berlin O 112, Rigaer Str. 71-73 a. 3 Min. vom Bhf. Frankfurter Allee
Gegründet 1876

empfiehlt zu bekannt billigen Preisen bei solider Ausführung
Komplette
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
einfachen u. besseren Genres
Küchen farbig und naturlasiert in allen Preislagen
Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern

Wo laß ich meinen Anzug machen?
Wer garant. f. gut. Sitz u. Verarbeitg.?
Max Motel, Schneidermstr.
Neukölln, Ringbahnstr. 38 :: Tel. 900
Lieferung für höchste Staatsbeamten
Viele Anerkennungen u. Dankschreiben

Marienfelde
nahe Bahnhof. Parzellen. Bestes Gartenland. Sichere Kapitalsanlage.
Nieschalke & Nitsche Neue Königstr. 16 Alexander 3373

Biesdorf—Mahlsdorf
nahe b. Bahnhöfen Parzellen. Hervorragendes Gartenland. Beste Kapitalsanlage.
Nieschalke & Nitsche Neue Königstr. 16 Alexander 3373

H. & P. Uder, SO16, Engelufer 5
Zigaretten, Kau-, Rauch- u. Schnupftabake
G. A. Hanewacker, Goldf., Landfr., Eicken, Rautmo
Oldenkott, Geöffn.—2,3—5 U. Moritzpl. 3614, 12179